

DIE CDU IN DER GROSSEN KOALITION ZWISCHEN 2005 UND 2007

Melanie Haas

EINLEITUNG

Die zweite Große Koalition auf Bundesebene seit Bestehen der Bundesrepublik feierte im November 2007 das Ende ihrer ersten Halbzeit. Viele politische Publizisten und Journalisten nutzten diese Gelegenheit zu einer ersten Zwischenbilanz und bewerteten mit einiger Ernüchterung die bisherige Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, die seit Ende 2005 unter der Führung von Angela Merkel amtiert. Waren zu Beginn die Erwartungen noch groß und das Zustandekommen des Bündnisses wohlwollend kommentiert worden, wurde nach zwei Jahren Amtszeit einhellig reformerischer Stillstand, parteipolitische Blockade und mangelnder Führungswille beklagt. Einig war sich die publizierte öffentliche Meinung auch darin, die Schuld für die wahrgenommene schlechte Regierungsperformanz nicht etwa einseitig einer der beteiligten Parteien zu übertragen, sondern diese gleichmäßig sowohl dem Agieren der Unionsparteien wie dem der SPD anzulasten sowie eher in der Struktur einer Großen Koalition an sich zu finden. Dabei wurde auf die seit den ersten Jahren der Bundesrepublik formulierten Befürchtungen gegenüber Großen Koalitionen zurückgegriffen, die

als Folge des gemeinsamen Regierens der beiden Großparteien neben einer Marginalisierung der parlamentarischen Opposition vor allem auf einen geringen Politik-Output und eine strukturelle Entscheidungsunfähigkeit des Bündnisses verweisen.¹ Verantwortlich dafür sei der lagerübergreifende Charakter einer Großen Koalition, in der Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien miteinander regieren und somit in vielen Politikfeldern an sich unvereinbare Politikkonzepte in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Da nach dem Ende einer Großen Koalition lediglich eine der beiden Regierungsparteien an der Macht bleiben kann, besteht in einer solchen Konstellation für die beteiligten Partner jedoch gleichzeitig ein starkes Bedürfnis nach gegenseitiger Abgrenzung. Somit ergeben sich für die Entwicklung der Regierungsparteien während der Dauer einer Großen Koalition gleich zwei positionsstrategische Möglichkeiten: Entweder die Parteien bewegen sich programmatisch unter Aufgabe ihres jeweiligen Lagerprofils kontinuierlich aufeinander zu und besetzen am Ende der gemeinsamen Regierungszeit zusammen die Mitte des Parteienspektrums oder sie verorten sich nach dem Ende der Großen Koalition wieder eindeutig und stärker als zu Beginn in ihrem jeweiligen parteipolitischen Lager und somit in klarem Gegensatz zueinander.

In den folgenden Abschnitten soll die programmatische Entwicklung der CDU in den ersten beiden Jahren der Großen Koalition seit 2005 nachvollzogen werden. Hat sich die Partei innerhalb des Parteiensystems in dieser Zeit eher hin zur Mitte oder eher weg von der Mitte bewegt? Polemischer formuliert: Stimmt der vielfach geäußerte Vorwurf, die CDU habe sich in der ersten Hälfte der Großen Koalition „sozialdemokratisiert“?

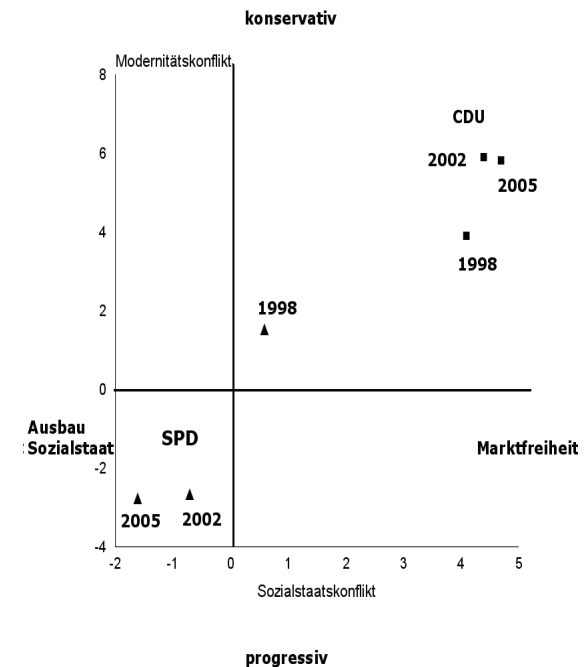
Die Ausgangslage zur Bundestagswahl 2005

Um die programmatische Entwicklung der CDU auch in Abgrenzung zum Koalitionspartner SPD während der ersten Hälfte der Großen Koalition beurteilen zu können, muss zunächst auf die Ausgangsbedingungen der beiden Parteien zu Beginn der gemeinsamen Regierungszeit geschaut werden. Dafür kann auf die Ergebnisse von Marc Debus aus dem Jahr 2007 zu den programmatischen Positionen der Parteien zurückgegriffen werden.² Er untersuchte mit Hilfe eines statistischen Textanalyseverfahrens die Bundestagswahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien seit 1998 bezogen auf ihre sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Aussagen. Mit den so erzielten Daten können die Positionen der untersuchten Parteien entlang der Sozialstaatskonfliktlinie und der

Modernitätskonfliktlinie sowie die jeweiligen Veränderungen in der Zeit ermittelt werden. Beim Sozialstaatskonflikt geht es um die unterschiedlichen Positionen der Parteien bei der Frage nach dem Aus- oder Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sowie auf der Werteebene um die Konzeption von sozialer Gerechtigkeit. Nach Meinung der einen Seite entsteht soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung und den Ausbau des Sozialstaates, nach Meinung der anderen Seite wird soziale Gerechtigkeit durch die Garantie der Marktfreiheit erreicht. Der Modernitätskonflikt spiegelt die unterschiedlichen Positionen bei kulturellen und gesellschaftspolitischen Fragen wider und stellt ein eher progressives und offenes gegen ein eher konservatives, geschlossenes Weltbild.

Bei der Betrachtung der Positionen von CDU und SPD aus der Perspektive des Sozialstaats- und Modernitätskonfliktes ergibt sich für die Bundestagswahlen seit 1998 folgendes Bild:

Positionierung von CDU und SPD auf Konfliktlinien des bundesdeutschen Parteiensystems



Quelle: Eigene Darstellung. ■ CDU, ▲ SPD.

Danach erreichen auf der Sozialstaatskonfliktdimension bei der Bundestagswahl 2005 sowohl CDU als auch SPD ihre jeweils extremste Position seit 1998. Die SPD vertritt im Wahlkampf 2005 seit 1998 ihre am weitesten links stehenden Positionen, während die CDU zur selben Zeit ihre sozialpolitisch liberalsten Positionen seit sieben Jahren besetzt. Bei der für die bundesdeutsche Politik wichtigen Frage nach einem weiteren Aus- oder Abbau des bestehenden Sozialstaates starteten die beiden Parteien nach der Wahl 2005 also mit deutlich voneinander abweichenden Vorstellungen in die gemeinsame Große Koalition.

Doch wie sieht es beim Modernitätskonflikt aus, in dem beispielsweise Fragen zur Bürgerrechts-, Familien-, Einwanderungs- oder Minderheitenpolitik verhandelt werden? Auch hier ist während des Bundestagswahlkampfes 2005 eine deutliche Distanz zwischen den künftigen Koalitionspartnern festzustellen: Die SPD besetzt gesellschaftspolitisch nach den rot-grünen Regierungsjahren noch deutlicher progressive Positionen als bereits 2002 oder gar 1998, als sie sich sogar klar konservativ verortete. Die CDU vertritt 2005 zwar leicht progressivere Positionen als noch 2002, zeigt sich aber kurz vor dem Wiedereintritt in die Bundesregierung weit aus konservativer als noch 1998, als sie zuvor 16 Jahre lang zusammen mit den Liberalen regierte.

Insgesamt betrachtet sind also auf beiden Konfliktlinien die programmatischen Ausgangsbedingungen für eine Große Koalition 2005 als eher schwierig zu bezeichnen. Anders gewendet bestand so jedoch für beide Parteien viel Platz, sich in der künftigen gemeinsamen Regierungszeit programmatisch aufeinander zu bewegen.

DIE ENTWICKLUNG DER CDU IN RELEVANTEN POLITIKFELDERN

Will man die programmatische Entwicklung einer Partei in einem bestimmten Zeitraum nachvollziehen, kommt man nicht umhin, zunächst zu klären, worauf sich die Betrachtungen genau gründen sollen. Nach Ossip K. Flechtheim ist jedes Dokument als Programm zu deuten, „das über Charakter und Ziele einer politischen Gruppe, Partei oder Bewegung Aufschluß geben soll“.³ Das heißt, Programmatik bezieht sich stets selbstreferentiell auf die Partei und deren Wesen und Ziel, jedoch nicht auf deren Tun als Teil einer Regierung oder einer parlamentarischen Opposition. Damit kommen für eine Untersuchung der programmatischen Ent-

wicklung sowohl „klassische“ Programmdokumente, wie Wahl- und Grundsatzprogramme, als auch inhaltliche Beschlüsse der unterschiedlichen Parteigremien sowie politische Reden des Führungspersonals in Betracht. Das Regierungshandeln einer Partei ist in diesem Kontext daher eher als Versuch der Umsetzung von Programmatik zu verstehen, nicht jedoch schon als Teil von Parteiprogrammatik selbst. Dennoch kann entgegengesetzt aus Regierungshandeln erst Programmatik entstehen, wenn nämlich Programmmentstehungsprozesse von Parteien die Entscheidungen der eigenen Regierungsmitglieder nachvollziehen und somit erst das Regierungshandeln parteiprogrammatische Entwicklung initiiert.

Da die Entwicklung der CDU als Teil der Großen Koalition in der Regierungszeit seit 2005 betrachtet werden soll, rücken nun also sowohl die „klassischen“ Dokumente als auch das bisherige Regierungshandeln in den Fokus. Letzteres konnte direkt in dem seit Anfang 2006 laufenden Programmprozess der Partei reflektiert werden, der im Dezember 2007 zur Verabschiedung eines neuen CDU-Grundsatzprogramms führte.

Zur sinnvollen Eingrenzung des Untersuchungsrahmens wird im Folgenden die Entwicklung der CDU lediglich in ausgewählten Politikfeldern betrachtet. Bei diesen dreht es sich um drei Politikbereiche, in denen es während der ersten Hälfte der Regierungsperiode die stärksten Debatten sowohl innerhalb der Partei als auch innerhalb der Großen Koalition gab. Dabei handelt es sich um die gesellschaftspolitischen Themenfelder Familienpolitik und Innere Sicherheit sowie um das sozioökonomische Themenfeld Sozialpolitik.⁴

Familienpolitik

Das Regierungshandeln im Politikfeld Familienpolitik wurde und wird von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, verantwortet, die der CDU angehört. Bereits im ersten Jahr der Großen Koalition konnte sie mit einigen Maßnahmen und Initiativen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken, da diese scheinbar eher die Politik ihrer Amtsvorgängerin, der SPD-Ministerin Renate Schmidt, fortsetzten, denn bisheriger christdemokratischer Programmatik entspringen. Exemplarisch seien die folgenden Regierungsprojekte der ersten beiden Koalitionsjahre genannt: die Einführung eines Elterngeldes ab dem 1. Januar 2007, der Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013, die steuerliche Entlastung für Betreuungskosten, die Initiierung

von „Lokalen Bündnissen für Familie“ sowie die Einrichtung von „Mehrgenerationenhäusern“. Die CDU setzte als Regierungspartei im Politikfeld Familienpolitik also vor allem die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Stärkung von Familien allgemein sowie die demografische Entwicklung. Während sich das Ziel der Stärkung von Familien nahtlos an die Aussagen zur Familienpolitik im bis dahin gültigen CDU-Grundsatzprogramm von 1994 anschloss und sich der Themenbereich Demografie bislang wenig konkret in christdemokratischer Programmatik niederschlugen hatte, stellten die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem der Ausbau und die steuerliche Förderung der Kinderbetreuung, weniger eine Umsetzung bisheriger Grundsatzprogrammatik denn eine Neuausrichtung der CDU-Familienpolitik dar. So ist zwar im 1994er Programm unter der Überschrift „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern“ zu lesen, dass „mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder der verschiedenen Altersgruppen“⁵ eingerichtet werden müssen, jedoch wird der im neuen Grundsatzprogramm von 2007 zentrale Begriff der „Wahlfreiheit“ vor allem im Zusammenhang mit der Möglichkeit zum Wiedereinstieg in den Beruf nach einer „Familienphase“ genannt und darüber hinaus gefordert, „die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen“ stärker als Qualifikation zu bewerten, vor allem in Form von monetären Zuwendungen und Rentenansprüchen.⁶ Die Betreuung von Kindern außerhalb der Familie findet dagegen lediglich unter der Überschrift „Ehe und Familie unterstützen“ eine Nennung mit der Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zur Förderung der kindlichen Entwicklung.

Im kürzlich verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm der CDU findet sich die Neuausrichtung der Familienpolitik teilweise aus dem Regierungshandeln der Familienministerin abgeleitet. Dort wird unter der Überschrift „Unsere Zukunft: Kinder“ nun ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz statt auf einen Kindergartenplatz gefordert, jedoch als Ausgleich gleichzeitig auch ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen.⁷ Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Grundsatzprogramm von 2007 als ein gleichberechtigtes Anliegen unter dem Punkt „Für eine familienfreundliche Gesellschaft“ subsumiert und damit jeglicher Exotik beraubt.⁸ Dabei rückt besonders die gemeinsame Erziehungsverantwortung beider Elternteile in den Mittelpunkt. Die „partnerschaftliche Aufteilung von Erziehung“⁹ wird sogar als „Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bezeichnet: „Väter, die die Erziehung ihrer Kinder übernehmen,

müssen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung erhalten wie Mütter.“¹⁰ Zu den weiteren Neuerungen des Grundsatzprogramms von 2007 gehört eine erstmalige christdemokratische Definition von Familie, die überall dort sei, „wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen“¹¹, und damit unabhängig von der Existenz einer Ehe konzeptionalisiert wird. Alleinerziehende Mütter und Väter werden damit ebenso in den Familienbegriff mit aufgenommen wie unverheiratete Paare mit Kindern. Ebenfalls zum ersten Mal werden im Familienkapitel auch nichteheliche, kinderlose Partnerschaften zwischen Frauen und Männern sowie gleichgeschlechtliche Partnerschaften berücksichtigt, ohne diese jeweils explizit dem Familienbegriff zuzuordnen. Das Rechtsinstitut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft bleibt allerdings unerwähnt und die Ehe zwischen Mann und Frau wird weiterhin als „Kern der Familie“ und als „Leitbild“ definiert. Insgesamt versucht die CDU mit ihrem neuen Grundsatzprogramm im Politikfeld Familienpolitik somit einen Ausgleich zwischen den progressiven Politikentwürfen ihres Regierungshandelns sowie den unabhängig von der konkreten Regierungspolitik formulierten Neuorientierungen auf der einen Seite und dem Festhalten an bisherigen Maßstäben auf der anderen Seite zu schaffen. So formuliert die CDU im neuen Grundsatzprogramm folgerichtig: „Unsere Politik für die Familien orientiert sich an traditionellen Werten und neuen Wirklichkeiten.“¹²

Doch bedeutet die Entwicklung der Regierungspolitik sowie der Programmatik der CDU während der ersten Hälfte der Großen Koalition nun eine erneute Hinwendung zur Mitte oder gar eine „Sozialdemokratisierung“? Misst man die Entwicklung nach den einzelnen Ebenen voneinander getrennt, also das Regierungshandeln seit 2005 an dem Regierungshandeln vor 1998 oder das Grundsatzprogramm von 2007 an dem Vorgängertext von 1994, dann kann in beiden Fällen eine deutliche Bewegung der CDU während der Großen Koalition in die progressive und damit sozialdemokratische Richtung in diesem Politikfeld festgestellt werden. Fasst man den Begriff der Programmatik jedoch, wie oben beschrieben, über das Grundsatzprogramm hinaus, dann deutet zumindest für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005¹³ und zu allen anderen angesprochenen Innovationen der Beschluss des CDU-Bundesausschusses vom 13. Dezember 1999¹⁴ bereits die später augenscheinlich werdenden Veränderungen an. Die CDU hat sich im Politikfeld Familienpolitik also bereits vor dem Beginn der Großen Koalition von einigen eher konservativen Positionen verabschiedet, jedoch wurde dies erst mit der erneuten Regierungsübernahme und dem neuen Grund-

satzprogramm auch für ein breiteres Publikum sichtbar – übrigens auch innerhalb der eigenen Partei. Mit ihrer deutlichen Hervorhebung der Ehe vor allen anderen Lebenspartnerschaften und Familienmodellen hebt sich die CDU aber auch nach ihrer familienpolitischen Neuausrichtung von den Positionen der Sozialdemokraten ab.

Sozialpolitik

Auf Regierungsebene sind die Voraussetzungen für sichtbare christdemokratische Sozialpolitik deutlich schlechter als bei der Familienpolitik: Die für Sozialpolitik maßgeblichen Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Gesundheit¹⁵ werden beide vom Koalitionspartner SPD geführt. Der CDU bleibt lediglich die Möglichkeit, sich über das vom CSU-Politiker Michael Glos geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf den sozioökonomischen Themenfeldern zu profilieren. Jedoch aufgrund der weit auseinander liegenden Politikansätze, mit denen CDU und SPD, wie oben beschrieben, gestartet waren, haben die sozialpolitischen Entscheidungen der Großen Koalition unzweifelhaft Kompromisscharakter, so dass an deren Entstehen die Christdemokraten nahezu gleichberechtigt beteiligt waren. Damit können die Entscheidungen der gesamten Großen Koalition jedoch auch nur bedingt als Richtungsanzeiger für die inhaltliche Entwicklung der CDU in der Regierung herangezogen werden.

In den ersten beiden Jahren der Großen Koalition fielen im Bereich Sozialpolitik vor allem folgende Reformprojekte ins Auge: die Gesundheitsreform, die Entscheidung zur Rente mit 67, ein Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung sowie die Möglichkeit zur branchenbezogenen Einführung von Mindestlöhnen. Alle vier Projekte zeigen einen genauen Ausgleich der Regierungspolitik der Großen Koalition zwischen den möglichen sozialpolitischen Zielen eines Aus- oder Abbaus des bisherigen Sozialstaates. So sind die verstärkt am Wettbewerb orientierte Ausgestaltung des Gesundheitssystems durch die Gesundheitsreform sowie der Beschluss zur Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre als klare Entscheidungen für einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu verstehen, während die Entscheidung zur öffentlichen Förderung von Beschäftigung sowie die ersten Schritte in Richtung eines Mindestlohns eher für einen Ausbau des Sozialstaates sprechen.

Es liegt also die Vermutung nahe, dass sich in den bisherigen Regierungsentscheidungen im Politikfeld Sozialpolitik die Positionen der beiden

Regierungsparteien zu gleichen Teilen abbilden und daher beide gezwungen waren, gleich stark oder gleich schwach von den eigenen Positionen abzurücken. Ein Blick in das Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2005 zeigt eine Übereinstimmung der Regierungspolitik mit der Forderung nach einer Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters sowie von weiten Teilen des staatlichen Investitionsprogramms – vor allem in Bezug auf die Forschungs- und Mittelstandsförderung – mit den Programmforderungen der Union. In der Gesundheitspolitik gelang es der CDU, ihre Programmatik des verstärkten Wettbewerbs durchzusetzen, sie konnte aber die geforderte einheitliche Gesundheitsprämie nicht erreichen. Und mit der Zustimmung der CDU zu der Einführung eines Mindestlohns in ausgewählten Branchen entfernte sie sich von ihrem Wahlprogramm, in dem sie stattdessen „durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen“¹⁶ für Arbeitnehmer verlangte. Mit dem vorläufigen Abrücken von der Gesundheitsprämie und dem Zulassen einzelner Mindestlöhne bewegte sich die CDU in ihrem Regierungshandeln auf dem Sozialstaatskonflikt also in Richtung eines Ausbaus des Sozialstaats, während sie in anderen Bereichen an ihrer Haltung zugunsten eines Abbaus festhielt.

Wie hat sich dagegen die Grundsatzprogrammatik der CDU im Politikfeld Sozialpolitik entwickelt? Nachdem auf dem Parteitag in Leipzig 2003 unter dem Titel „Deutschland fair ändern“¹⁷ ein Konzept zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme vorgelegt wurde, das den Schwerpunkt auf die Senkung der Lohnnebenkosten, auf die Erhöhung der steuerlichen Finanzierung des Sozialstaates sowie auf die Forderung nach mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit legte, kann die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm in den ersten beiden Regierungsjahren 2006 und 2007 in Teilen wie ein Rückzugsgefecht auf dem Gebiet der Sozialpolitik gelesen werden. Beim CDU-Parteitag in Dresden 2006 kam es zu einem Abstimmungssieg des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, der die Forderung nach einer Kopplung der Zahlungsdauer des Arbeitslosengeldes I an die Dauer der individuellen Beitragszahlungen und damit nach einer Verlängerung der Auszahlung durchsetzte, die letztendlich auch ins neue Grundsatzprogramm aufgenommen wurde. Mit dieser Entscheidung nahm die Grundsatzdiskussion im Politikfeld Sozialpolitik einen neuen Zungenschlag an und die fokussierte Betonung von Eigenverantwortung und einer Begrenzung staatlicher Leistungen wich ausgleichenden Formulierungen. So heißt es nun im

Grundsatzprogramm von 2007: „Nur eine Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen brauchen.“¹⁸ Auch im Vorgängerprogramm von 1994 wird noch eindeutig die Forderung nach Eigenverantwortung in den Mittelpunkt gestellt, während 2007 stattdessen der „aktivierende Sozialstaat, der den Einzelnen verstärkt motiviert und in die Lage versetzt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen“ als Leitbild beschworen wird.¹⁹ Damit wird also dem Staat und nicht dem Individuum selbst die Verantwortung für die Herstellung der Grundvoraussetzungen zur Übernahme von Eigenverantwortung übertragen. Daneben wird im neuen Programm deutlicher auf die Bedeutung von Vollbeschäftigung und von stabilen Sicherungssystemen Bezug genommen und ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat geleistet, gleichzeitig aber auch die Stärkung von „Wettbewerb, Transparenz, Effizienz, Kosten- und Verantwortungsbewusstsein und das Subsidiaritätsprinzip“ in allen Sicherungssystemen gefordert. Während in dem Beschluss von Leipzig²⁰ noch der christdemokratische Grundwert der „Freiheit“ in den Mittelpunkt gerückt wurde und der Grundwert der „Gerechtigkeit“ nur einmal mit dem Zusatz „sozial“ Erwähnung fand – wohingegen häufig von „Leistungsgerechtigkeit“ die Rede war –, findet sich im Grundsatzprogramm von 2007 das Bekenntnis, „die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit“.²¹ Gleichzeitig werden jedoch auch weiterhin die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und die Lockerung von Tarifverträgen gefordert.

Damit ist insgesamt die Entwicklung der CDU im Politikfeld Sozialpolitik zum einen durch den Zwang zum Kompromiss mit dem Koalitionspartner SPD geprägt, zum anderen ist die Partei selbst programmatisch bemüht, im Konflikt zwischen Aus- und Abbau des Sozialstaates stärker den Ausgleich der Interessen in den Mittelpunkt zu rücken.

Innere Sicherheit

Das Thema Innere Sicherheit versus Bürgerrechte hat in den ersten zwei Jahren der Großen Koalition große Aufmerksamkeit erlangt, nachdem im Sommer 2006 sowie im Sommer 2007 geplante Sprengstoffanschläge islamistischer Terroristen in Deutschland verhindert und die verdächtigen Personen jeweils festgenommen werden konnten. Doch auch die Bundesregierung hat mit Gesetzesinitiativen genauso wie die Bundesminister des Innern und der Verteidigung – die beide der CDU angehören – mit

einzelnen Debattenanstößen zu einer stetigen öffentlichen Diskussion über die Innere Sicherheit beigetragen. Das Themenfeld wird auch in der Großen Koalition damit vor allem von der CDU besetzt, die darin in weiten Teilen konträre Positionen zu ihrem Koalitionspartner SPD vertritt.

Projekte im Bereich der Inneren Sicherheit waren auf der Regierungsebene in der ersten Hälfte der Legislatur die Verabschiedung des Gesetzes zur Datenvorratsspeicherung, die Freischaltung einer Anti-Terror-Datei, in der Informationen aller Sicherheitsbehörden vernetzt werden können, die Aufweichung des Zeugnisverweigerungsrechtes sowie eine von der CDU geplante Gesetzesgrundlage für die Durchsuchung von Computerfestplatten zur Terrorabwehr („Online-Durchsuchung“). Darüber hinaus forderten die CDU-Minister den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, eine Gesetzesgrundlage für den Abschuss von Passagierflugzeugen, die als Waffen genutzt werden, und im Herbst 2007 sorgte der Bundesinnenminister für eine erneute Sicherheitsdebatte mit seiner Warnung vor möglichen nuklearen Terroranschlägen.

Bereits im CDU-Bundestagswahlprogramm von 2005 wurden fast alle der später in der Regierung von der Partei initiierten Maßnahmen und Debatten formuliert. Daneben wurde die konsequente Abschiebung von ausländischen Straftätern und ein härteres Vorgehen gegen Jugend- und Kinderkriminalität gefordert. Letzteres führte durch den Landtagswahlkampf in Hessen zum Jahreswechsel 2007/2008 auch auf Bundesebene zu einer kontroversen Diskussion zwischen den beiden Koalitionsparteien. Mit ihrem Regierungshandeln ist die CDU im Politikfeld Innere Sicherheit damit also nicht wesentlich von ihren konservativen Positionen aus der Zeit vor der Bundestagswahl 2005 abgerückt, allerdings handelt es sich bei der Inneren Sicherheit um ein mit der SPD stark umstrittenes Thema. Jedoch anders als im Politikfeld Sozialpolitik scheinen die Regierungsentscheidungen hier weniger Kompromisse zwischen den beiden Parteipositionen widerzuspiegeln. Vielmehr führen unlösbare Konflikte hier zur Vertagung von Regierungsbeschlüssen und zur parteipolitischen Blockade.

In der Programmatik der CDU hat das Thema Innere Sicherheit in den Jahren nach 2001 eine immer stärkere Bedeutung erlangt. Ist im Grundsatzprogramm von 1994 noch ganz allgemein unter der Überschrift „Der inneren Sicherheit im Rechtsstaat Priorität geben“ über die Aufgaben des Staates in Bezug auf eine wehrhafte Demokratie sowie auf die Verbrechensbekämpfung und über die Bedeutung der Prävention zu lesen²², so

listet das neue CDU-Grundsatzprogramm von 2007 bereits in seinem zweiten Kapitel „Die gefährdete Sicherheit“ unter den „Herausforderungen unserer Zeit“ auf. Dabei wird vor äußeren und inneren Gefahren wie den „Auswirkungen asymmetrischer Bedrohungen“, dem „Links- und Rechtsextremismus, gewaltbereiten Fundamentalismus, Terrorismus und [der] organisierte[n] Kriminalität“ gleichermaßen gewarnt.²³ Folglich wird die Verknüpfung von Äußerer und Innerer Sicherheit gefordert, denn die Innere Sicherheit sei „angesichts weltweiter Bedrohungen gegen unsere Art zu leben [...] kaum mehr von einer Politik der äußeren Sicherheit zu trennen.“²⁴ Eine deutlich andere Akzentuierung ist im neuen Grundsatzprogramm auch innerhalb des Spannungsfeldes Kriminalitätsbekämpfung und Datenschutzinteressen festzustellen: Im Vorgängerprogramm von 1994 wird die Aussage „Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden“ mit dem Satz „Dabei halten wir daran fest, dass der Bürger vor einem Missbrauch seiner persönlichen Daten geschützt wird“ eingeleitet.²⁵ Das Programm von 2007 stellt der Aussage zum Datenschutz stattdessen die Feststellung voran: „Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen.“²⁶ Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungen ist die Prioritätenverschiebung im 2007er Grundsatzprogramm in Richtung Kriminalitätsbekämpfung zuungunsten des Datenschutzes also deutlich.

Insgesamt kann während der ersten Hälfte der Großen Koalition im Politikfeld Innere Sicherheit der CDU also keine Verschiebung ihrer Positionen in Richtung Mitte nachgewiesen werden, ihre Positionen als Regierungspartei entsprechen fast ausnahmslos den im Wahlprogramm 2005 formulierten Forderungen. Allerdings setzt das in derselben Zeit entwickelte Grundsatzprogramm im Politikfeld Innere Sicherheit deutlich stärkere Akzente als das Vorgängerprogramm von 1994, was jedoch mit der Interpretation der veränderten Situation aufgrund neuer terroristischer Bedrohungen zu erklären ist.

FAZIT

Hat sich die CDU während der ersten beiden Jahre als Regierungspartei in einer Großen Koalition mit der SPD im politischen Spektrum nun also eher in Richtung Mitte oder eher von der Mitte weg bewegt? Auf dem Modernitätskonflikt zwischen den beiden Polen konservative und progressive Parteipositionen zeichnet die Partei nach den vorangegangenen Analysen ein widersprüchliches Bild: Sie hat ihre Positionen in beiden hier

betrachteten Politikfeldern seit dem Eintritt in die Große Koalition nicht mehr verändert und ist sich sowohl im Bereich Familienpolitik als auch bei der Inneren Sicherheit trotz der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl 2005 treu geblieben. Dennoch hat sich die CDU in beiden Feldern in den letzten Jahren deutlich bewegt – jedoch jeweils schon vor ihrem erneuten Eintritt in die Bundesregierung. Und die Richtung war jeweils gegensätzlich: Kann man im Bereich der Familienpolitik bereits mit dem Beschluss von 1999 von einer deutlichen Modernisierung und damit einer Hinwendung zur Mitte sprechen, so muss für die Innere Sicherheit eine Veränderung in Richtung konservative Positionen verzeichnet werden. Und das, obwohl die Partei hier bereits traditionell konservativ profiliert ist. Im Politikfeld Innere Sicherheit hat sich die CDU im Laufe des letzten Jahrzehnts also nochmals deutlich konservativer positioniert.

Auf der Sozialstaatskonfliktlinie zwischen den beiden Polen „Ausbau des Sozialstaates“ und „Marktfreiheit“ ist die CDU sowohl in der Regierungspolitik also auch in ihrer Programmatik seit dem Eintritt in die Große Koalition dagegen um eine ausgleichende Positionierung bemüht, die weder eindeutig eine Priorität für einen Ab- noch für einen Ausbau der sozialstaatlichen Leistungen erkennen lässt. Verglichen mit ihrer dezidiert marktwirtschaftlichen Ausrichtung im Wahlprogramm 2005 bedeutet diese ausgleichende Strategie jedoch eine klare Hinwendung zur Mitte des politischen Spektrums. Von einer „Sozialdemokratisierung“ der Partei, interpretiert als stärkere Mitteorientierung, kann nach diesen Ergebnissen insgesamt also zum Teil gesprochen werden – allerdings fand diese lediglich im Bereich Sozialpolitik erst in der Zeit seit Bestehen der Großen Koalition statt.

- 1| Siehe dazu Haas, Melanie: *Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2007) 35-36, S. 18-26.
- 2| Vgl. Debus, Marc: *Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005*. In: Brettschneider, Frank u.a. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 43-63.
- 3| Flechtheim, Ossip K.: *Parteiprogramme*. In: Lenk, Kurt / Neumann, Franz (Hrsg.): *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. – Darmstadt: Neuwied: Luchterhand, 1974. – S. 179-186.

- 4| Auch das Themenfeld Umweltpolitik spielte während der ersten beiden Jahre der Großen Koalition eine große Rolle in der öffentlichen und CDU-internen Debatte, jedoch verläuft dieses quer sowohl zum Sozialstaats- als auch zum Modernitätskonflikt und lässt sich damit nur schwerlich in das vorgestellte Bewertungsschema einordnen. Allerdings kann gerade in diesem Themenfeld eine wesentliche programmatische Entwicklung der CDU, welche die Ökologie stärker in den Fokus rückt, seit der Bundestagswahl 2005 festgestellt werden.
- 5| CDU: Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 5. Parteitag. – Hamburg, 21.-23. Februar 1994. – S. 18. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/grundsatzprogramm.pdf> [24. Januar 2008].
- 6| Ebd.
- 7| CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag. – Hannover, 3.-4. Dezember 2007. – S. 30-31. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> [24. Januar 2008].
- 8| Vgl. ebd., S. 26-28.
- 9| Ebd., S. 29.
- 10| Ebd.
- 11| Ebd., S. 25.
- 12| Ebd., S. 26.
- 13| CDU / CSU: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum, Arbeit, Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes der CDU und des Parteivorstandes der CSU. – Berlin, 11. Juli 2005. – S. 25. – <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf> [24. Januar 2008].
- 14| CDU: Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung. Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands. – Berlin, 13. Dezember 1999. – http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/beschluss_131299.pdf [24. Januar 2008].
- 15| Gleichzeitig lässt sich das Politikfeld Sozialpolitik auch als Querschnittsaufgabe verstehen, die in anderen Bundesministerien bearbeitet wird, wie beispielsweise im Bildungs-, Verkehrs- oder Familienministerium.
- 16| CDU / CSU: Deutschlands Chancen nutzen. – S. 12. – (Fn. 13).
- 17| CDU: Deutschland fair ändern. Beschluss des 17. Parteitages der CDU Deutschlands 2003. – Leipzig, 1.-2. Dezember 2003. – <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/deutschlandfairaendern.pdf> [24. Januar 2008].
- 18| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 60. – (Fn. 7).
- 19| Ebd.
- 20| Vgl. CDU: Deutschland fair ändern. – (Fn. 17).
- 21| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 7. – (Fn. 7).
- 22| CDU: Freiheit in Verantwortung. – S. 55-57. – (Fn. 5).
- 23| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 18. – (Fn. 7).
- 24| Ebd., S. 21.
- 25| CDU: Freiheit in Verantwortung. – S. 56. – (Fn. 5).
- 26| CDU: Freiheit und Sicherheit. – S. 90. – (Fn. 7).